

„Ruhe von 22 bis 6 Uhr“

FLUGLÄRM Initiative Zukunft Rhein-Main hält Bundesratspläne für nicht ausreichend

Von
Stefanie Widmann

MAINZ. Eine verbindliche und nachprüfbar Reduzierung des Fluglärmpegels für die betroffenen Kommunen der Region hat gestern die „Initiative Zukunft Rhein-Main“ (ZRM) gefordert.

Nach ihrer turnusgemäßen Sitzung im Mainzer Rathaus erklärte die Initiative, in der über 20 Städte, Gemeinden und Landkreise mit über einer Million Bürger zusammengeschlossen sind, ihre neusten Forderungen.

Die Bundesratsinitiativen von Hessen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg seien nicht ausreichend, sagte die Mainzer Umweltdezernentin Katrin Eder (Grüne). Der Vorstoß von Rheinland-Pfalz gehe zwar in die richtige Richtung, aber die ZRM werde weiter Druck ma-

chen; vor allem ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr müsse her, erläuterte sie. Notwendig sei ein wirksamer Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen des Fluglärms durch Änderungen des bundesrechtlichen Rahmens.

Senkung in konkreten Zahlen

Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt habe bestätigt, dass sich unter optimalen technischen Voraussetzungen allein durch Verbesserungen am Fluggerät der Fluglärmpegel um 0,4 dB(A) jährlich reduzieren lasse, erklärte Thomas Will, Landrat des Kreises Groß-Gerau und ZRM-Sprecher. Daher fordere die ZRM ganz konkret eine jährliche Lärminderung des Dauerschallpegels um mindestens 0,4 dB(A). Das Ergebnis

werde sich in ein paar Jahren bemerkbar machen. Eine Reduzierung um 2,0 dB(A), wie sie dann nach fünf Jahren erreichbar sei, mache sich für die Bürger schon deutlich bemerkbar. „Wir haben einen Antrag nach dem Umweltinformationsgesetz (UIG) gestellt, dass uns Fraport die Zahlen zur Verfügung stellt, die wir als Grundlage brauchen“, sagt Will. Fraport allerdings deklariere diese als Geschäftsdaten und gebe sie nicht frei. Die ZRM fordere aber die Bereitstellung dieser notwendigen Zahlen zur Überprüfung der Lärminderung.

„Wir bestehen darauf, dass ein Flughafen in dieser Ausbauform und dieser Dimension sich nicht mit einem dicht besiedelten Raum verträgt“, wiederholte Will eine Grundeinschätzung der Initiative über Landesgren-

zen hinweg angesichts der geplanten Steigerung der Flugbewegungszahlen am Flughafen Rhein-Main. „Es muss leiser werden“, so die einheitliche Ansicht der ZRM-Vertreter, unter ihnen auch die Hochheimer Bürgermeisterin Angelika Munck. „Der durch die technische Fortentwicklung eingesparte Lärm muss auf jeden Fall den Menschen zugute kommen und nicht etwa durch mehr Flugbewegungen kompensiert werden, das ist das Neue an unserer Forderung“, betont Munck.

Der Rüsselsheimer Flughafenexperte Reinhard Ebert erläuterte, moderne Flugzeuge seien im Vergleich zu Modellen von vor 20 bis 30 Jahren schon um 10 bis 20 dB(A) leiser geworden. „Für die nächsten 20 bis 30 Jahre sind nochmal acht bis neun dB(A) drin.“